

DEUTSCHLAND

WEHRVORBEREITUNG

Blank nach Amerika

Konrad Adenauers Sicherheitsbeauftragter Theo Blank wird am 24. Juni in Paris in die Fußstapfen seines Kanzlers treten: Zum erstenmal geht es von einer klein-europäischen EVG-Konferenz nicht heim in die Bundesrepublik, sondern nach Le Havre, zur Einschiffung nach Amerika.

Auf Einladung von Präsident Eisenhower's Regierung werden Theo Blank und fünf seiner Mitarbeiter in Washington „Fragen von gemeinsamem Interesse mit dem Außen- und Verteidigungsministerium der Vereinigten Staaten erörtern“.

Den Oberleutnant d. R. Blank werden — schützgeimpft und CIC-durchleuchtet — begleiten:

- Generalleutnant a. D. Adolf Heusinger, früherer Chef der Operationsabteilung im Generalstab des Heeres, jetzt Chef der militärischen Abteilung im Amt Blank.
- Oberst i. G. a. D. Kurt Fett, Stellvertreter des militärischen Chefdelegierten der Bundesregierung im EVG-Interrims-Ausschuß und Organisationschef der Dienststelle Blank.

- Oberstleutnant a. D. Heinz Hückelheim, Sachbearbeiter für Waffen und Material.

- Oberstleutnant a. D. Pannitzky, stellvertretender Chef der Unterabteilung Luftwaffe.

- Oberleutnant a. D. Conrad Ahlers, Pressereferent der Dienststelle Blank.

Dieses halbe Dutzend ehemaliger Offiziere soll mit Eisenhower's Verteidigungsminister Charles E. (General Motors) Wilson, Außenminister John Foster Dulles, Staatssekretär General Bedell („Beetle“) Smith und dem Führungsstab der US Armed Forces — den Joint Chiefs of Staff — über drei Kardinalfragen konferieren:

- die Erstausrüstung und Ausbildung des geplanten deutschen EVG-Kontingentes mit US-Hilfe;
- die amerikanische Verteidigungsorganisation und den Aufbau der US-Streitkräfte;
- die militärische Planung der gemeinsamen Verteidigung Europas.

Da Dwight D. Eisenhower das großzügige Versprechen Harry S. Trumans erneuert hat, die zwölf deutschen EVG-Divisionen und ihre Hilfsverbände zu Lande, zu Wasser und in der Luft einmalig mit schweren Waffen und dem dazugehörigen Material auszurüsten, wollen Theo Blank und seine Fachmänner es jetzt genau wissen: Welche Waffen welchen Alters und Typs werden ab wann und in welchem Zeitraum aus den US-Arsenalen für die deutschen Kontingente bereitgestellt?

Hauptzuständig für diese Frage sind: Heeres-, Waffen- und Material-Oberstleutnant a. D. Hückelheim und Luftwaffen-Oberstleutnant a. D. Pannitzky. Er wird besonders nach den benötigten etwa 1300 Jet-Fightern vom Allwetter- und Mehrzweck-Typ F-86 fragen.

Die Ausstattung mit US-Waffen und Material schließt automatisch die Vorschulung der deutschen Kadern ausbilder durch US-Lehrstäbe, ein. Aufzuchtungskurse für deutsche Kriessflieger an Düsenflugzeugen auf US-Flugplätzen sollen gleichfalls vorbereitet und die Grundzüge des Ausbildungsprogramms überhaupt besprochen werden.

Theo Blank selbst und Organisations-Oberst Kurt Fett wollen sich durch den

Riesen-Irrgarten des Pentagon führen lassen, um die Organisation der US-Verteidigung und die vorliegenden Reformpläne kennenzulernen. Die amerikanische Wehrverfassung, besonders die Ausleistungspflicht und die Stellung der Gewerkschaften dazu, sind weitere Informationsobjekte.

Die militärische Starrolle ist Theo Blanks zweitem General, Adolf Heusinger, zugeordnet: Mit den Pentagon-Generalstäblern wird Heusinger Stärke und Aufstellung der Roten Armeen und der west-

lichen Heere in Europa (einschließlich Westdeutschlands) und die Strategie der Verteidigung erörtern. Auch über die Fragen der organisatorischen Zusammenarbeit zwischen der amerikanischen Armee in Europa und der EVG bzw. ihren deutschen Kontingenten, über das Zusammenwirken der militärischen Führung der US-Armee und der EVG-Armee und über die operativen Pläne muß gefachsimpelt werden.

General Heusinger soll auf ausdrücklichen Wunsch der US-Militärs mit von der Partie sein.

Sowelt das ausgeklügelte Programm. Es könnte nur dann in Frage gestellt sein, wenn Konrad Adenauer die Abreise noch in letzter Minute abblasen würde, weil er in diesen spannungsreichen Tagen Frankreichs wallende Eifersucht über den neuen direkten Kontakt Washington-Bonn besonders fürchtet.

ADENAUER

Ich habe meinen Alldruck

Ohne ersichtlichen Grund überraschte Konrad Adenauer den Deutschen Bundestag am vergangenen Mittwoch mit einer außenpolitischen Erklärung der Bundesregierung. Als der Kanzler dem Ältestenrat des Parlaments am Vormittag seine Absicht eröffnete, war diese Regierungserklärung noch nicht einmal formuliert.

Das Skript wurde erst 13.25 Uhr fertiggestellt; zehn Minuten später erteilte Bundestagspräsident Hermann Ehlers dem

Handwritten: Hrusniper - 201

Bundeskanzler, das Wort. Der hatte den Text noch nicht durchlesen können, war er aber in der Eile der zehn Minuten überflogen hatte, ließ ihn auf den formulierten Text verzichten. So wurde der Kanzler wieder einmal ein Opfer seiner Vorliebe, frei zu sprechen und die, wenn auch nicht rechtzeitig und hinreichend vorbereiteten — Ratschläge seiner Mitarbeiter beiseite zu schieben.

Nervös bat Konrad Adenauer schon am Anfang der Regierungserklärung den Hermann Ehlers: „Herr Präsident, darf ich vielleicht ganz zu Anfang dieser Sitzung dringend darum bitten, daß dafür gesorgt wird, daß eine Erklärung des Chefs dieser Regierung in Ruhe angehört wird.“ Die Antwort des Bundestagspräsidenten: „Klang herablassend, wie sonst niemand mit dem Kanzler zu sprechen pflegt.“ Ich werde die Ordnung im Hause, Herr Bundeskanzler, nach den Regeln der Geschäftsordnung aufrecht erhalten.“

Am nächsten Tag mußte Konrad Adenauer von seinem Recht — das Recht, das Stenogramm seiner Rede für das gedruckte Protokoll des Bundestages und Sprachschneider hin zu korrigieren — weitherziger Gebrauch machen, als es der Charakter eines Protokolls eigentlich zuläßt.

In seiner kaum vorbereiteten Rede hatte er den Abgeordneten am 10. Juni wörtlich erklärt: „Vendlichkeit im Potsdamer Vertrag festgelegt, gegenwärtig tatsächlich bestehenden Grenzen für Deutschland anerkannt werden sollen.“

Oppositionsführer Oppenheimer war auf dem Plan und konterte: „Der Herr Bundeskanzler hat hier die Behauptung aufgestellt, daß das Potsdamer Abkommen die vorläufige Oder-Neiße-Linie definitiv als deutsche Ostgrenze festgelegt habe.“ Das ist nicht wahr. Diese Bestimmung ist im Potsdamer Abkommen nicht enthalten und ich halte es für eine schlechte Sache, daß der Chef der deutschen Regierung in diesem entscheidenden Punkt eine Interpretation gibt, die nur den Gegnern Deutschlands helfen kann.“

In dem erst am Freitag, dem 12. Juni, erschienenen gedruckten Protokoll der 269. Sitzung des Bundestages lautete der umstrittene Passus des Kanzlers hingegen (auf Seite 13.250): „Endlich ist nach Auffassung Sowjet-Rußlands im Potsdamer Vertrag festgelegt, daß die gegenwärtig tatsächlich bestehenden Grenzen im Osten als endgültige Grenzen für Deutschland anerkannt werden sollen.“

Wer also nachträglich das Bundestagsprotokoll liest, muß, durch die erkennbare, sinnändernde „Korrektur“ des Bundeskanzlers irreführt, daß der Oppositionsführer absichtlich versehentlich dem westdeutschen Regierungschef mit einer unrichtigen Unterstellung seine Ausführlung einem entscheidenden Punkt könnte den Gegnern Deutschlands helfen.

Das Bulletin des Presse- und Informationsdienstes der Bundesregierung besagte in seiner Nummer 107 vom 11. Juni den Grund für solchen falschen Verdacht und stellte in der Wiedergabe des Wortlauts der Kanzler-Erklärung die Tatsachen wieder her. Der unkorrigierte Wortlaut der Kanzler-Erklärung war nämlich zum Druck im Bulletin schon am Abend des Debattentages in den Satz gegeben worden und bestätigte nun eindeutig, daß die Anwesenden in der Debatte vom Kanzler gehört hatten (auf Seite 910).

Die Redaktion des Bulletin trug die Loyalität zum Kanzlerwort sogar so weit, daß sie auch einen etwas peinlichen Zugschnittzer den Konrad Adenauer für

Handwritten: Der Spiegel 17. June '53

schaft geboren hat, sondern einen Tummelplatz der Lokal-Egoismen und des Parteienstreites schuf.

Einen Tummelplatz, dessen Einzäunung allein — von allen nicht meßbaren Folgen für Politik und Wirtschaft abgesehen — den westdeutschen Steuerzahler nach der Schätzung prominenter Fachleute etwa eine bis 1½ Milliarden Mark jährlich kostet.

So groß ist die Steuersumme, die im Bund nicht aufkommt, weil die Länderfinanzverwaltungen mit unterschiedlicher Eintreibungsmethodik und — Intensität arbeiten. Und, weil das technische Rüstzeug der Finanzämter, das seit den Zeiten der ersten Eisenbahn kaum verbessert wurde, mit den Mitteln und der Einsicht der Länder, weder einheitlich noch überhaupt modernisiert werden kann.

Ein großer Betrieb, der heute auf die Benutzung von Hollerith-Rechnungsmaschinen verzichtet, verschwendet sein Geld. In den deutschen Finanzämtern dominieren noch Tinte und Feder bei der Ausfüllung der Karteikarten.

Was in den elf Länderfinanzverwaltungen noch an Einheitlichkeit besteht, geht nur zum kleineren Teil auf die Arbeit des Betriebsprüfungsdienstes zurück, auf den der Bund geringen Einfluß nehmen kann. Das ist ein Verdienst der zahlreichen Steuerbeamten, die noch jahrelang in den alten Reichsfinanzverwaltung gearbeitet haben.

Der Opfer dieser Verwaltung, Matthias Erzberger, begründete seine Reformpläne vor dreißig Jahren so: „Jetzt ist... bei dem hohen Maß von Steuern, das wir ausschöpfen müssen, gleichmäßige Veranlagung durch ganz Deutschland erste Voraussetzung. Die Vergangenheit hat bewiesen, daß die Reichsverwaltung einheitliche Grundsätze auf dem Papier wohl erlassen kann (das gleiche Recht hat heute der Bund), aber wenn 25 verschiedene Verwaltungen zur Durchführung dieser einheitlichen Grundsätze herangezogen werden, dann braucht sich niemand zu wundern, wenn die Auslegung dieser Grundsätze 25mal verschieden ist.“

Unsere heutigen Parlamentarier, deren nicht wenige die Einsichten Erzbergers verwerfen, können nicht einmal die Auflage des Grundgesetzartikels 107 erfüllen, der die endgültige Verteilung Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern bis zum 1. Januar 1952 geregelt wissen will. Die Entscheidung wurde in der Bundestage zu- und am 1. Januar 1954 hineingeschoben. Die Hand in Hand gehen der großen Steuerreform, der herrschende Steuersystem als vereinfacht, die dem Erbe der Französischen Revolution, damals als legale Enteignung gedachten, unseligen Steuerprogression absagen; und von der überhöhten Besteuerung des Einkommens und des Besitzes fortzuziehen, zur Besteuerung des Verbrauchs hinführen müßte.

Die Hauptsteuerlast sollte nicht tragen, wer verdient und spart, sondern wer verdient und verbraucht.

Wer aber wäre ein solcher Optimist, daß er glauben könnte, eine möglichst einphasige und entsprechend erhöhte Umsatzsteuer könnte an die Stelle der jetzt angewandten Steuertabelle und der vielen Sondervergünstigungen treten, solange die politische Zentrale der Bundestag nicht die Möglichkeit hat, die große Steuerreform ausschließlich nach den Gesichtspunkten des Gesamtwohls zu führen, solange diese Zentrale sich nicht nur mit den Wünschen der Interessenvertreter in ihren eigenen Reihen, sondern zusätzlich mit den Länder-Egoismen herumzuschlagen muß, deren

Vertreter nicht selten — dem gleichen Maß an Einsicht agieren, das jener Abgeordnete des Parlamentarischen Rates auswies, der gegen die Einrichtung einer durchgehenden Bundesfinanzverwaltung allen Ernstes einwandte, die Zahlungsfreudigkeit der Steuerpflichtigen werde steigen, wenn der Finanzbeamte sie in ihrer Mundart anspricht.

Eine dauerhafte Finanzreform, die eine große Steuerreform und mit ihr die Beseitigung der Vielzahl von Doppelbelastungen des Lohnes, des Einkommens und des Besitzes einschließt, ist erst denkbar, wenn die Länder auf jene Bedeutung zurückgeführt worden sind, die ihnen in einem Staat mit geschlossener industrieller und agrarischer Wirtschaftsstruktur zukommen: auf den Status von Provinzen, deren finanzielle Bedürfnisse der Bund beurteilt und honoriert.

Das kann der Demokratie in diesem Staate nur nützen. Demokratie auf dem Fundament ausgedehnter kommunaler Selbstverwaltung, die heute von den im Namen des Föderalismus auftretenden, im eigenen Hause jedoch mit übersetzter Ministerial-Bürokratie durch Auftragsaufgaben nur zu zentralistisch agierenden Ländern über Gebühr eingeschränkt ist.

Die begriffliche Klarheit verlangt, gegenüber einer zunehmend steigenden Verwirrung festzustellen, daß Gegensatz zum Föderalismus nicht Zentralismus sein muß. Der echte Gegensatz ist Unitarismus. Zentralismus ist nichts anderes als eine Form der Staatsverwaltung, nicht aber eine Staatsform. Auch der Föderalismus kann sich zur Führung der Geschäfte des staftesten Zentralismus bedienen, was am Beispiel der USA und ihrer Entwicklung in der letzten Zeit klar zu erkennen ist.

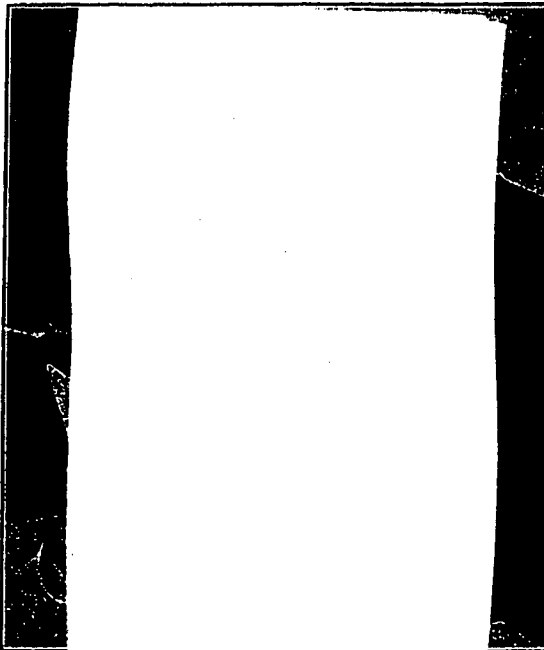
Andererseits kann der unitarische Einheitsstaat nicht auf die Errichtung einer breiten kommunalen Selbstverwaltung (was mit der Finanzverwaltung nichts zu tun hat) verzichten.

Alle Jahre wieder, ungefähr so oft, wie der Finanzminister um seinen Anteil an der Einkommen- und Körperschaftssteuer kämpfen muß, taucht im Bundestag die Drucksache 2280 auf. Sie wurde vor drei Jahren von der FDP im Parlament eingebracht. Sie fordert, was der Parlamentarische Rat nicht hineinschreiben durfte: die Errichtung einer durchgehenden Bundesfinanzverwaltung nach dem Muster der Erzbergerschen Reformen an Stelle der elf Länderfinanzverwaltungen.

Die Annahme dieses Antrages setzt eine verfassungsändernde, also Zweidrittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat voraus. Sie war bisher nicht zu erreichen. Und ich bin sicher, daß darüber

nicht einmal die SPD sehr traurig ist. Sie hat während der letzten vier Jahre die Ausnutzung des Vorteils nicht gescheut, der darin lag, daß sie, von ihren Ministersitzen in den Länderregierungen aus, durch Abstimmung im Bundesrat Mehrheitsbeschlüsse des Bundestages paralisieren konnte.

Kann es aber einen Grund geben, von dem lohnenden Ziel einer unitarischen Reform unseres Staatsaufbaus abzugehen, nur weil es bürgerliche Parteien gibt, die die Notwendigkeit einer Übereinstimmung der politischen mit der wirtschaftlichen Struktur unseres Landes nicht einsehen wollen, die am Föderalismus festhalten, obwohl er sie zwingt, ihrem sozialen Widerpart, der SPD, im Bundesrat auf einem Felde zu begegnen, auf dem jeder Versuch echter Politik vom Unkraut des Ländereigennutzes und des Parteeigennutzes überwuchert wird?



Der al... zwischen Bund und Ländern ist, nach dem Theodor-Donner einer Schöfferschen Rücktrittsdrohung, soeben mit einem Kompromiß des Vermittlungsausschusses zwischen Bundestag und Bundesrat zu Ende gebracht worden. Artur Stegner, 44, Maß und Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen der FDP, ist in letzter Zeit halb gegen seinen Willen in den Ruf eines „großen Gegenspielers“, dann eines Gehilfen des Kanzlers geraten. Mit diesem Artikel zum Steuerstreit will Stegner einen der denkbaren Beweise dafür liefern, daß kein Naumann-Anhänger und kein unbelehrbarer Nationalsozialist zu sein braucht, wer die Verfassung der Bundesrepublik für reformbedürftig hält. Und daß nicht „Zersplitterung der bürgerlichen Front“ genannt werden muß, wer — im Kampf um das Wahlgesetz — die Selbstständigkeit einer Partei mit unitaristischen Grundsätzen behaupten will, während die übrigen bürgerlichen Gruppen am föderalistischen Prinzip des inneren Staatsaufbaues festhalten. In dem Buch, „Die Überwindung des Kollektivismus“, das in diesen Tagen bei der „Göttinger Verlagsanstalt“ erscheint (342 Seiten, 6,20 Mark), hat der Abgeordnete Stegner seine Ideen von einer neuen Sozialordnung kraft Mitgeltums der Arbeiter niedergelegt.